

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphisch
„Tageblatt“, Riesa

Amtsblatt

Gründungs-Jahr
1870

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 279.

Mittwoch, 1. Dezember 1915, abends.

68. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2,10 Mark, monatlich 70 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (bis 10 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 vom breiten Grundstich-Beile (7 Silben) 18 Pf., Octavpreis 12 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Abrechnungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler am der Elbe“.

Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gochstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Mehl zur Herstellung von Kuchen usw.

Nach § 14 d. Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 erfolgt die Lieferung von Mehl an Betriebe, die aus ihm nicht notwendige Nahrungsmittel herstellen (Bäcker, Metzger, Fleischer, Wurstfabriken, Kuchen, Stollen, Suppenmehle, Backwaren, Teigwaren), durch die Reichsgetreidekasse in Berlin.

Die Reichsgetreidekasse hat:

1. die Lieferung der Mehl-, Back-, Meh- und Viehfleischfabriken dem Verband der Mehl-, Back- und Viehfleischfabrikanten, Mehlkontor Celle;
2. die Lieferung der Fabriken von Suppenmehl und Suppenpulver dem Verband deutscher Suppenfabriken, Berlin W. 9, Linke 25;
3. die Lieferung der Teigwarenfabriken (F. Huber, Waffelwerk, Suppenwerke) dem Verband der Teigwarenfabrikanten, Frankfurt a. M.

Es werden jedoch nur Betriebe der unter 1-3 genannten Art beliefert, die ihre Erzeugnisse zum Weiterverkauf an Händler abgeben. Diese erhalten deshalb keine Mehlverteilung vom Kommunalverband.

Betriebe der in 2.) unter 1-3 genannten Art, die ihre Erzeugnisse nicht an Händler, sondern nur unmittelbar an die Verbraucher abgeben (Handwerkermehle, Backwaren, Konditoreien, Bäckereien, Wurstfabriken, Fleischwaren, Backwaren, Drogen, Marsipan, Lakriden usw.) werden von der Reichsgetreidekasse nicht beliefert. Sie können nur insoweit Mehl zugestellt erhalten, als dem Kommunalverband hierfür Mehlvorräte zur Verfügung stehen.

Damit eine Übersicht über den Bedarf der nach § 3 von der Reichsgetreidekasse nicht belieferten Betriebe möglich wird, werden diejenigen Betriebe, die unter 3.) fallen und Mehlverteilung wünschen, hierdurch aufgefordert, den durchschnittlichen Mehlbedarf ihres Betriebes für nicht notwendige Nahrungsmittel innerhalb der Zeit vom 1. Dezember 1915 bis 31. März 1916 anzumelden. Die Anmeldung darf den tatsächlichen Verbrauch in der gleichen Zeit des Vorjahres nicht übersteigen.

Die Anmeldung ist zu richten:

- a) von Handwerksbetrieben (Metzger, Fleischer usw.), die nicht nach 2.) beliefert werden, und von Konditoren, die keiner Bäckerei angehören, an die Ortsbehörde (Stadttrat, Gemeindevorstand);
- b) von Mitgliedern einer Bäckerei an diese.

Die Anmeldung hat spätestens bis zum 6. Dezember 1915 zu erfolgen. Die Ortsbehörden bez. Innungen haben die bei ihnen eingegangenen Anmeldungen zu sammeln und den Gesamtbedarf unter Beifügung der Anmeldungen bis zum 9. Dezember 1915 der Königl. Amtshauptmannschaft anzuzeigen.

Ein Anspruch auf Mehlverteilung besteht nicht. Die Entscheidung, ob und in welcher Höhe und für welche Zeiten solche erfolgen kann, bleibt dem Kommunalverband vorbehalten.

Anmeldungen, die erfolgen, obwohl der Anmeldende von den in 2.) bezeichneten Verbänden beliefert wird oder beliefert werden kann, und Anmeldungen, die höher als der tatsächliche Verbrauch des Vorjahres sind, unterfallen nach § 57 der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 der Bestrafung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark.

Großenhain, am 30. November 1915.

563 F II

Der Kommunalverband.

Die unterzeichnete Königl. Amtshauptmannschaft erteilt auf Grund der Vorschrift in § 105 b Absatz 2 der Gewerbeordnung nach der Fassung vom 30. Juni 1900 Genehmigung, daß im hiesigen Verwaltungsbezirk während der letzten 3 Sonntage vor Weihnachten, am 5. 12. und 19. Dezember dieses Jahres, die Beschäftigung von Gesellen, Lehrlingen und Arbeitern im Handels- und Gewerbe, sowie der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen in folgenden Tageszeiten stattfinden:

- a) bei dem Verkauf von Brot und weißer Backwaren (ausgeschlossen der Konditoreiwaren) ohne Zeitbeschränkung;
- b) bei dem Handel mit Milch mit Ausschluß der Zeit des Vormittagsgottesdienstes ohne Zeitbeschränkung;
- c) bei dem Handel mit Butter, Sahne, Käse, Eiern, Grünwaren, Konditoreiwaren, sonstigen Speise- und Materialwaren, Tabak, Zigarren, Seifen- und Beleuchtungs-materialien, Fleisch, Fleischwaren, Fischwaren von vormittags 7-9 Uhr und vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr, jedoch mit Ausschluß der Stunden, während welcher etwa in den einzelnen Orten innerhalb dieser Zeiträume Gottesdienst gehalten wird;
- d) bei dem Handel mit anderen als den vorstehend bereits genannten Gegenständen von vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr, jedoch ebenfalls mit Ausschluß der in diesen Zeiträumen fallenden Gottesdienstzeiten.

Die Gesamtdauer dieser Beschäftigung darf aber in keinem Falle die Zeit von 16 Stunden übersteigen.

Großenhain, am 29. November 1915.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 1. Dezember 1915.

Die nach Dresden gerichteten Briefsendungen sind zweckmäßig in der Aufschrift mit dem Zusatz „Altstadt“ oder „Neustadt“ zu versehen, damit sie bereits unterwegs nach Altstadt und Neustadt getrennt und dann dem jeweiligen Postamt mit Bezeichnung zugestellt werden können. Sendungen ohne Zusatz gelangen sämtlich zum Postamt 1 in Dresden-Altstadt. Für die Neustadt bestimmte Sendungen erleiden also, wenn sie keinen Zusatz tragen, u. U. eine Verzögerung.

Im Reichs-Postamt ist ein neues Merkblatt der Bestimmungen über den Postverkehr mit den Kriegs- und Zivilgefangenen im Ausland aufgestellt worden. Das Merkblatt ist in den Schaltervordrängen der Postkästen ausgehängt und wird Nachfragenden auf Wunsch auch von der Geheimen Kasse des Reichs-Postamts zugestellt.

Auf die vom Landesauschusse der Vereine vom Roten Kreuz im Königreiche Sachsen der Schirmherrin der Sammlung „Winterpende 1915“, Ihrer Königl. Hoheit der Frau Prinzessin Johann Georg, erstattete Meldung von dem glänzenden Erfolge der Sammlung hat diese dem Vorsitzenden des Landesauschusses, Wirklichen Geheimen Rat Dr. Graf Rüdiger v. Schütz, das nachfolgende Telegramm übermittelt: „Hochgeehrt über den glänzenden Erfolg der Sammlung „Winterpende 1915“, welcher nochmals die bewundernswürdige und hervorzuhebende Opferbereitschaft unseres Volkes beweist, bitte ich Sie, allen hochherzigen Gebern meinen tiefempfundenen, warmsten Dank auszusprechen. Möge allen der Gedanke an die Freunde, die sie dadurch unseren tapferen Kämpfern und Kriegsgefangenen in Feindesland bereiten, für sie der schönste Lohn sein.“

Maria Theresia, Herzogin zu Sachsen.

Wir erheben folgende Feldpost: Derliche Grüße aus Feindesland senden der Heimat: Hans Müller, Riesa, Max Kreis, Gröba, Otto Rischke, Zeitz, Johann

Demke, Riesa, Otto Gullig, Zeitz, Inf.-Regt. Nr. 192, 10. Kompanie.

Nach Gröba (österreichisches Küstenland) können bis auf weiteres Pakete nicht mehr angenommen werden.

Der Landesauschusse der Vereine vom Roten Kreuz schreibt uns: Für Alle, die einen Angehörigen oder Freund in feindlicher Gefangenschaft wissen, wird es erfreulich sein zu hören, daß die deutschen Vereine vom Roten Kreuz dauernd und erfolgreich bestrebt sind, die Not der Gefangenen zu mildern und ihnen Liebesgaben als Grüße aus der Heimat zuzuführen. Nach telegraphisch eingegangenen Nachrichten ist der erste Liebesgabenzug, der durch Vermittelung des schwedischen Roten Kreuzes über Stockholm an Gefangene in Rußland abgefaßt wurde, am 9. November dieses Jahres glücklich in Arkund eingetroffen. Weitere Güter sind nach anderen Orten Sibiriens bereits unterwegs. Unsere in England gefangenen Landsleute werden aus den reichen Mitteln, die den dortigen Vereinen der Kriegsgefangenenhilfen allmonatlich zufließen, unterstützt und sollen namentlich als Weihnachtsgeschenke

Gisdecken des Elbstromes. Die Königl. Amtshauptmannschaft als Elbstromamt sieht sich veranlaßt, das Publikum zur Vermeidung von Unfällen vor dem Betreten der an den Ufern des Elbstromes sich bildenden Eisdecken und der schwimmenden Eisschollen zu warnen und derartige Betreten zur Vermeidung der unten angeordneten Strafe zu verbieten.

Insbesondere wird es den Eltern und Erziehern zur strengen Pflicht gemacht, ihre Pflichten gegenüber den dem gefährlichen Strombereich fern zu halten.

Die Polizeibehörden werden ersucht, bei Veranlassung durch fleißiges Abgehen der Ufer zu verhindern, daß der Verkehr und das Gehen der Jugend wiederum Opfer an Menschenleben erfordert. Die Schulen werden ersucht, die Schulkinder auf das Verbot und die bestehende Gefahr hinzuweisen. Das Schlittschuhlaufen auf der Elbe darf nur innerhalb abgegrenzter Eisbahnen, deren Sicherheit und Abgrenzung von einer Gemeindebehörde durch eine zuverlässige Person festgestellt worden ist, erfolgen. Eine Eisstärke von mindestens 10 bis 12 cm ist hierzu erforderlich. Sollte das Eis im Laufe dieses Winters auf der Elbe zum Stehen kommen, so ist die Benutzung der Eisdecke zur Ueberschreitung der Elbe nur auf den von den Strombehörden abgesteckten Uebergängen gestattet. Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich.

Zuwerbahrungen werden auf Grund von § 366 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 80 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet.

Riesa, am 30. November 1915.

Nr. 772 x Die Königl. Amtshauptmannschaft als Elbstromamt.

Nachstehende Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern vom 10. November 1915 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis und Nachachtung.

Soweit die Polizeiverordnung des unterzeichneten Stadtrates, die Einschränkung des Branntweinverkehrs betreffend, vom 15. Juni 1910 strengere Vorschriften enthält, bleiben diese in Geltung.

Der Rat der Stadt Riesa, am 1. Dezember 1915.

Verordnung

betreffend den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats, betreffend den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus, vom 26. März 1915 (Reichsgesetzblatt S. 183) und in Ergänzung dieser Verordnung wird unter Aufhebung der Verordnung vom 18. August dieses Jahres (Sächsl. Staatszeitung und Leipziger Zeitung vom 18. August dieses Jahres Nr. 190) folgendes bestimmt:

§ 1. Verboten ist der Ausschank von Branntwein oder Spiritus an Kinder und an jugendliche Personen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre.

Die Abgabe von Branntwein oder Spiritus im Kleinhandel an Kinder und an jugendliche Personen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre ist nur in versiegelten oder versapfelten Flaschen zulässig.

§ 2. Verboten ist der Ausschank und die Abgabe im Kleinhandel von Branntwein oder Spiritus an Betrunkene.

§ 3. Verboten ist der Ausschank und die Abgabe von Branntwein oder Spiritus durch Automaten.

§ 4. Verboten ist der Ausschank und die Abgabe im Kleinhandel von Branntwein oder Spiritus nach 10 Uhr abends.

§ 5. Der Ausschank von Branntwein oder Spiritus darf nur gegen bare Bezahlung erfolgen.

§ 6. Als Kleinhandel im Sinne von §§ 1, 2, 4 gilt der Verkauf in Mengen unter 33 1/3 Liter.

§ 7. Weitergehende Beschränkungen, welche von den Militärbehörden angeordnet worden sind oder angeordnet werden, bleiben unberührt.

§ 8. Polizeibehörde im Sinne der eingangs bezeichneten Verordnung des Bundesrats in Städten resp. Städteordnung der Stadt, sonst die Amtshauptmannschaft.

§ 9. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird nach § 3 derselben Verordnung bestraft, wer den Bestimmungen in §§ 1-5 zuwiderhandelt.

Soweit diese Bestimmungen über die eingangs bezeichnete Bundesratsverordnung hinausgehen, hat der Zuwiderhandelnde nur Haftstrafe bis zu 6 Wochen oder Geldstrafe bis zu 150 M. zu gewärtigen.

§ 10. Vorstehende Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntgabe in Kraft. Dresden, den 10. November 1915.

Ministerium des Innern.

796 a II L.

7930

Speckverkauf in Gröba.

Donnerstag, den 2. Dezember 1915 nachmittags von 3-7 Uhr wird im Grundstück Weststraße 14 amerikanischer Speck verkauft. Es werden in dieser Zeit die ausgegebenen Nummern 1-400 abgeteilt, und zwar in jeder Stunde 100 Stück nach der Reihenfolge der Nummern. Die Probenartikeln sind vorzulegen.

Gröba, am 30. November 1915.

Der Gemeindevorstand.

Demke, Riesa, Otto Gullig, Zeitz, Inf.-Regt. Nr. 192, 10. Kompanie.